

25X1

WICHTIGE NEUERSCHEINUNG!

Schlüsselliste 1957

für

Produktion, Materialversorgung und Außenhandel

DIN A 5 · 294 Seiten im Streifband · Preis 2,10 DM

Die „Schlüsselliste 1957“ hat nur Gültigkeit für die Aufstellung und Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes 1957.

Eine Verwendung der „Schlüsselliste 1957“ für die Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes 1956 ist nicht statthaft. Umgekehrt darf die jetzt im Gebrauch befindliche „Schlüsselliste 1956“ nicht für die Planaufstellung des Jahres 1957 verwendet werden, sondern hat nur Gültigkeit für die Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes 1956.

Die „Schlüsselliste 1957“ erscheint wie in jedem Jahr in Loseblattform. Die in ihr enthaltenen Warennummern sind dem „Allgemeinen Warenverzeichnis, 3. Auflage (Ausgabe Juni 1952)“ sowie den dazu erschienenen „Ergänzungen und Berichtigungen Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3“ entnommen. Weiterhin sind in der „Schlüsselliste 1957“ Warennummern enthalten, die aus den voraussichtlich Ende Juni dieses Jahres erscheinenden „Ergänzungen und Berichtigungen Nr. 4“ zur „3. Auflage des Allgemeinen Warenverzeichnisses“ zu ersehen sind.

Im Juli dieses Jahres erscheint der „Nummernschlüssel 1957“ als Hilfsmittel zur „Schlüsselliste 1957“ und des „Allgemeinen Warenverzeichnisses“.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß die „Schlüsselliste 1956“ und die „Ergänzungen und Berichtigungen Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3“ zur 3. Auflage des „Allgemeinen Warenverzeichnisses“ beim Buchhaus Leipzig noch erhältlich sind. Dort kann auch das „Allgemeine Warenverzeichnis“ komplett oder in Teilabschnitten bezogen werden.

Bestellungen bitten wir nur beim Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Postfach 91, aufzugeben.

**VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN**

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau

25X1

1956

Berlin, den 1. Juli 1956

Nr. 13

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
A. Allgemeiner Teil		67. Erfahrungsaustausch über Unfallgefahren und Anleitung zur Verhütung von Unfällen in der Bauindustrie (Informationsschreiben Nr. 33 der Hauptsicherheitsinspektion)	
23. Abgrenzung der Zuständigkeit der staatlichen Organe auf dem Gebiete des Mietrechts	1		4
B. Besonderer Teil		II. Baustoffindustrie	
I. Technik und Entwurf		26. Wegfall der 593 c bei Lieferung an Private	
60. Zuständigkeit des Hauptarchitekten an Stelle der Abteilung Aufbau	2	27. Materialversorgung — Überbezirklicher Ausgleich	6
61. Abgrenzung der Aufgaben der Organe der Staatlichen Bauaufsicht und der Feuerwehr	2	28. Herausgabe des Baustoffkataloges	6
62. Richtlinien für die Tätigkeit der Betriebsjury in den zentral- und bezirksgeleiteten bautechnischen Entwurfsbüros im Bereich des Ministeriums für Aufbau bei der Beurteilung der Prämienwürdigkeit bautechnischer Projektierungsleistungen	2	III. Bauindustrie	
63. Schemapläne für Kindergärten	3	30. Technische Richtlinien für Winterbauarbeiten	6
64. Sicherung der Projektierungskapazitäten für Bauten in der Landwirtschaft	3	31. Ergänzung zur Dienstanweisung Nr. 213/56 vom 12. Januar 1956 (Nr. 4/56 der „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau“ — Seite 7) — Kurzbericht zum IM-Bau 1956 —	7
65. Festlegung der Außenwanddicken bei der Verwendung von Leichtbetongroßblöcken im Wärmedämmgebiet II	4	32. Angebot zur vermögensrechtlichen Umsetzung	7
66. Qualifizierung von Architekten aus den bautechnischen Projektierungsbüros in den bisherigen Architekturwerkstätten des Ministeriums für Aufbau — Dienstanweisung Nr. 225/56 vom 13. Juni 1956 —	4	C. Buchbesprechungen	
		11. Verallgemeinerung neuer Arbeitsmethoden	
		12. Bewegungsfugen in Bauwerken, Richtlinien für Anordnung und Ausbildung (Entwurf Mai 1956)	7
		13. Das Handbuch des Planungsingenieurs und das Normenwerk	7

Dieser Auflage liegt ein Sonderdruck betr. „Richtlinien zur Gewährleistung des Arbeitsschutzes und der technischen Sicherheit bei der Anwendung der Großblockbauweise“ bei.

A. Allgemeiner Teil

23. Abgrenzung der Zuständigkeit der staatlichen Organe auf dem Gebiete des Mietrechts

Zwischen den Vertretern des Ministeriums der Justiz, des Ministeriums der Finanzen, des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung, des Generalstaatsanwalts der DDR und des Ministeriums für Aufbau sind in einer Besprechung am 16. Mai 1956 die folgenden, in Zukunft zu beachtenden Grundsätze festgelegt worden:

1. Die Erteilung von Rechtsauskünften auf dem Gebiete des Mietrechts obliegt grundsätzlich den Organen der Justiz. Soweit es sich um Auskünfte über die zivilrechtlichen Beziehungen, insbesondere die Rechte und Pflichten der Parteien aus dem Mietvertrag handelt, sind die Bürger daher an die Organe der Justiz zu verweisen.

Auskünfte auf dem Gebiet der Wohnraumlentung, der staatlichen Bauaufsicht und der Mietpreisfestsetzung erteilen weiterhin die dafür zuständigen Stellen der staatlichen Verwaltung.

11. Soweit nach den gesetzlichen Bestimmungen sowohl die Zuständigkeit der Organe der Justiz als auch der Organe der Verwaltung für die Entscheidung von Fragen auf dem Gebiete des Mietrechts und des Mietpreisrechts gegeben ist, soll wie folgt verfahren werden:

1. Die Abteilung Aufbau und die Organe der Wohnraumlentung entscheiden in den Fällen, wo die Bewohnbarkeit einer Wohnung so stark beeinträchtigt ist, daß nur durch Baumaßnahmen eine Wiederherstellung des Wohnraumes erfolgen kann. Von diesen Stellen ist auch das Referat Miete, Pachten und Grundstücksverkehr einzuschalten, wenn die Baumaßnahmen nicht in absehbarer Zeit durchgeführt werden können, damit von dieser Stelle die Miete entsprechend dem Grad der Benutzbarkeit der Wohnung preisrechtlich neu festgesetzt werden kann.
2. Handelt es sich um kleinere Reparaturen, wie die Beseitigung von Löchern in der Wand oder im Fußboden, Malen, Tapezieren usw., so sind die Bürger darauf hinzuweisen, daß sie ihre

1

25X1

Rechte gegen den Vermieter auf zivilrechtlichem Wege geltend machen sollen. Streitigkeiten zwischen dem Mieter und Vermieter entscheiden ausschließlich die Gerichte.

3. Bei geringen Mängeln in der Wohnung, die vom Vermieter beseitigt werden können, kommt eine Neufestsetzung des Mietzinses durch die Preisstellen nicht in Betracht. Hier kann der Mieter selbständig nach den Bestimmungen des BGB für die Zeit der Beeinträchtigung der Benutzbarkeit der Wohnung den Mietzins mindern. Im Streitfall entscheidet das Gericht über die Berechtigung zur Mietminderung.
4. Ist von den Gerichten bei Mietprozessen über die Frage einer Mietzinsminderung zu entscheiden, so soll die Preisstelle für Miete, Pachten und Grundstücksverkehr vor der Entscheidung gehört werden.
5. Wird in Mietprozessen durch das Gericht festgestellt, daß durch Mängel in der Wohnung die Bewohnbarkeit erheblich beeinträchtigt ist, so soll es davon den Organen der Wohnraumlenkung Mitteilung machen.

B. Besonderer Teil

I. Technik und Entwurf

60. Zuständigkeit des Hauptarchitekten an Stelle der Abteilung Aufbau

Zur Anordnung vom 20. Januar 1956 über die Vorbereitung und Durchführung des Investitionsplanes und des Generalreparaturplanes sowie der Lizenzen (Sonderdruck Nr. 150 des Gesetzblattes) wird darauf hingewiesen, daß in § 19 Ziff. 5 und in § 21 an die Stelle der Abteilung Aufbau der Hauptarchitekt getreten ist. Die innerörtliche Standortgenehmigung des Rats des Bezirkes wird demnach nicht von der Abteilung Aufbau, sondern vom Hauptarchitekten erteilt. Ebenso haben die Projektanten vor Beginn der Ausarbeitung des Vorprojektes nicht mit der Abteilung Aufbau, sondern mit dem Hauptarchitekten beim Rat des Bezirkes die die Stadt- und Dorfplanung betreffenden Fragen zu klären.

61. Abgrenzung der Aufgaben der Organe der Staatlichen Bauaufsicht und der Feuerwehr

Der nachstehende Auszug aus einem gemeinsamen Protokoll des Ministeriums des Innern, HV DVP, HA Feuerwehr, und des Ministeriums für Aufbau, Staatliche Bauaufsicht, vom 18. April 1956, über die Abgrenzung der Aufgaben der Organe der Staatlichen Bauaufsicht und der Feuerwehr wird zur Beachtung mitgeteilt:

- „1. Die Staatliche Bauaufsicht und ihre Organe sind für alle Baufragen verantwortlich.
2. Die Abteilung Feuerwehr ist für alle Bauten in brandschutztechnischer Hinsicht verantwortlich.
3. Die Organe der Staatlichen Bauaufsicht sind verpflichtet, baugenehmigungspflichtige Bauvorlagen der Abteilung Feuerwehr zur brandschutztechnischen Überprüfung zur Kenntnis zu bringen. Die Abteilung Feuerwehr kann von der Prüfung untergeordneter oder einfacher Bauten Abstand nehmen.
4. Die brandschutztechnischen Forderungen sind in die Bauvorlagen einzuarbeiten und bei der Baudurchführung mit auszuführen. Die vom Ministerium für Aufbau in Zusammenarbeit mit der HV DVP, HA Feuerwehr, veröffentlichten brandschutztechnischen Baubestimmungen sind für alle Dienststellen verbindlich, sofern sich aus Gründen örtlicher Verhältnisse bzw. aus dem besonderen Charakter der Bauprojekte keine weiterreichenden Sicherheitsmaßnahmen erforderlich machen.

5. Wird bei den geforderten brandschutztechnischen Maßnahmen zwischen den Abteilungen Feuerwehr und den Organen der Staatlichen Bauaufsicht keine Einigung erzielt, so bleibt die Entscheidung bei allen Maßnahmen, die über den Rahmen der Bauordnung hinausgehen, der Abteilung Feuerwehr überlassen. Kann im Bezirksmaßstab keine Einigung erzielt werden, so wird das Ministerium für Aufbau, HA Technik, Staatliche Bauaufsicht, die Entscheidung der HV DVP, HA Feuerwehr, herbeiführen.

Die Organe der Staatlichen Bauaufsicht sind nicht berechtigt, brandschutztechnische Forderungen aufzuheben. In Streitfällen bleiben die Forderungen der Feuerwehr solange bestehen, bis eine Entscheidung der nächsthöheren Dienststelle (Bauaufsicht und Feuerwehr) erfolgt.

6. Die Abteilungen Feuerwehr versehen die geprüften Zeichnungen mit einem Prüfstempel. Von einem Stempelaufdruck kann abgesehen werden, wenn dafür ein besonderes Blatt vorgesehen ist oder die Zeichnung unübersichtlich wird und dergleichen oder eine sonstige Vereinbarung der Dienststellen untereinander getroffen wird.“

62. Richtlinien für die Tätigkeit der Betriebsjury in zentral- und bezirksgeleiteten bautechnischen Entwurfsbüros im Bereich des Ministeriums für Aufbau bei der Beurteilung der Prämienwürdigkeit bautechnischer Projektierungsleistungen

Auf Grund von § 8 der Anordnung vom 6. Juni 1956 über die Prämienzahlung in den dem Ministerium für Aufbau und den Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke unterstellten Entwurfsbüros werden für die Betriebsjury folgende Richtlinien erlassen:

I. Einzureichende Unterlagen

Der Jury sind vorzulegen:

- a) Ausreichende zeichnerische Unterlagen und Berechnungen.
- b) Nachweise und Erläuterungen der die Prämierung begründenden Merkmale.
- c) Stellungnahme des zuständigen Fachgruppenleiters.
- d) Stellungnahme des Leiters der Gütekontrolle und der Normengruppe.
- e) Stellungnahme des Planträgers, im Falle von Verbesserungen in der Technologie oder im Bauablauf auch des technologischen Konstruktionsbüros oder des Investträgers.
- f) Stellungnahme des bauausführenden Betriebes, soweit er bereits feststeht, falls der Prämienvorschlag auf die Anrechnung neuartiger Konstruktionen, die Berücksichtigung von Neuerermethoden oder sonstige in die Belange der Ausführung eingreifende Verbesserungen gestützt wird.
(Die Stellungnahmen zu c, d, e, und f können auch mündlich erfolgen)
- g) Vom Brigadeleiter unterzeichnetes Brigadeprotokoll. Es muß Anzahl und Namen aller an der vorgelegten Arbeit unmittelbar und schöpferisch Beteiligten sowie ihren prozentualen Anteil und die ausdrückliche Versicherung der Richtigkeit dieser Angaben durch den Brigadeleiter enthalten.
- h) Bei Bedarf können weitere Gutachten von Spezialkräften angefordert werden.

II. Grundsätze für die Beurteilung

1. Die Beurteilung hat nicht schematisch zu erfolgen. Entscheidend ist der Gesamteindruck der bautechnischen Entwurfsleistung. Die Prämie soll dem beruflichen Streben des Projektanten

nach höchster Leistung, durch einen gesunden materiellen Anreiz dienen und einen kämpferischen Einsatz zur Überwindung rückständiger Auffassungen auf der Grundlage des Wettbewerbs auslösen. Voraussetzung ist, daß die zu prämierende Leistung über das Maß dessen hinausgeht, wozu Angehörige der technischen Intelligenz auf Grund ihres Anstellungsverhältnisses ohnehin verpflichtet sind.

Die Höhe der Prämie ist unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles nach Maßgabe der vorhandenen Mittel festzusetzen. Dabei ist, soweit sich Vergleichsmaßstäbe anlegen lassen, unbedingt eine einheitliche Proportionierung der Fälle zu gewährleisten. Von einer schematischen Festsetzung von Prozentsätzen der Bausumme oder der Einsparung als Prämie ist abzusehen.

2. Als Hauptmerkmale bei den vorgelegten Vorprojekten, Projekten und abgeschlossenen Teilentwicklungen sind zu bewerten:

- a) Umfassende generelle Planungen, vorbildliche städtebauliche Lösungen, Stadtkompositionspläne, Teilbebauungspläne und komplexe Projektierungen, bei denen sowohl die Wirtschaftlichkeit, Typenanwendung und die Förderung des industriellen Bauens als auch die Einbindung in das Stadt- bzw. Landschaftsbild einwandfrei gelöst wurden.
- b) Entwürfe von Typen, Einzelbauwerken und Ensembles, unter Berücksichtigung der architektonischen wirtschaftlichen und funktionell oder technologisch besten Lösung, bei denen die Wahl der Konstruktionen dem neuesten Stand der Technik sowie der industriellen Vorfertigung und Montage entspricht.
- c) Entwürfe von Typen, Einzelbauwerken und Ensembles mit den Qualitätsmerkmalen wie vor, bei denen außerdem der Nachweis geführt werden kann, daß mit der Lösung die bisher ausgeführten Entwürfe in Bezug auf Qualität und Wirtschaftlichkeit übertroffen werden.
- d) Entwürfe von Typen, Einzelbauwerken und Ensembles mit den Qualitätsmerkmalen wie unter b) oder c), bei denen der Nachweis geführt werden kann, daß die Durchführung der Projektierung gegenüber der Arbeitszeitvorgabe mit den gleichen Kräften vorfristig erfüllt wurde, so daß sich eine höhere Arbeitsproduktivität bei gleicher Qualitätsarbeit ergibt.
- e) Die Einfügung von bewährten Sektionen und Bauelementen bei Ausarbeitung neuer Projekte, z. B. im Industriebau und bei Bauten der Gesellschaft für wiederkehrende typische Bauteile.
- f) Die Berücksichtigung von Neuerermethoden, die Sparsamkeit in der Verwendung von Mangelbaustoffen, insbesondere die Einsparung von Holz und Ausnutzung der örtlichen Baustoffe und Reserven.

3. Die Bewertung muß von dem Erfordernis der Durchsetzung der Industrialisierung im Bauwesen ausgehen. Die Industrialisierung erfordert jedoch die Typisierung bei Anwendung unifizierter Bauelemente. Die Prämie soll daher in erster Linie dazu beitragen, der Typisierung im Bauwesen zum Durchbruch zu verhelfen. Sie ist vorzugsweise zu gewähren für:

Typenentwürfe in industriell vorgefertigter Vollmontagebauweise (Rohbau und Ausbau)

Typenentwürfe in industriell vorgefertigter Teilmontagebauweise (Rohbau)
Typenentwürfe unter Verwendung unifizierter Bauelemente

4. Individuelle Projekte, für die eine Typenanwendung möglich ist, sind grundsätzlich von einer Prämierung ausgeschlossen.

III. Entscheidung der Jury

Der für das Projekt verantwortliche Bearbeiter hat in der Sitzung der Jury das Projekt persönlich zu vertreten. Die Stellungnahme der Jury und ihre Begründung sowie der Vorschlag der Prämienhöhe sind ebenso wie die mündlich vorgetragenen Stellungnahmen im Sitzungsprotokoll niederzulegen.

Durch diese Richtlinien werden die Richtlinien der HV Entwurf vom 14. Oktober 1954 außer Kraft gesetzt.

63. Schemapläne für Kindergärten

Infolge neuer pädagogischer Gesichtspunkte sind die nach der Anordnung vom 23. März 1956 über die Anwendung von Typen für gesellschaftliche Bauten (GBI. II S. 85) bis Ende des Planjahres 1956 verbindlichen Typen für Kindergärten darüber hinaus nicht mehr anzuwenden. Die neuen Kindergärten sind auf einer Gruppeneinheit von 25 Plätzen aufgebaut. Für die neu zu projektierenden Kindergärten hat das Institut für Typung Schemapläne für folgende Kapazitäten ausgearbeitet:

1. 25 Plätze
2. 50 „
3. 100 „

Entwurfsbüros mit entsprechenden Aufgaben haben diese Schemapläne des Instituts für Typung zugrunde zu legen. Die Unterlagen können vom Institut für Typung, Abteilung Druck und Versand, in Berlin C 2, Roßstraße 29/30, ab sofort bezogen werden.

64. Sicherung der Projektierungskapazitäten für Bauten in der Landwirtschaft

Voraussetzung für eine planmäßige Projektierung ist die Einhaltung der Anordnung vom 20. Januar 1956 zur Vorbereitung und Durchführung des Investitionsplanes und des Generalreparaturplanes sowie der Lizenzen (Sonderdruck Nr. 150 des Gesetzblattes). Damit sind insbesondere den Planträgern die Aufgaben zugewiesen. Hiervon abgesehen, ergehen zur Sicherung der Projektierung für die Landwirtschaft folgende Anweisungen:

1. Die Direktoren der bezirksgeleiteten Entwurfsbüros sind dafür verantwortlich, daß die landwirtschaftlichen Entwurfsbrigaden, die nach den Rundschreiben der HV Städtebau und Entwurf des Ministeriums für Aufbau Nr. L 37/54 vom 14. Mai 1954 und Nr. L 16/55 Ziff. 1 vom 25. Mai 1955 gebildet worden sind, bei Bedarf unverzüglich für die Ausarbeitung von Projekten, insbesondere die örtliche Anpassung von Typenprojekten, für landwirtschaftliche Bauten eingesetzt werden.
2. Die Direktoren der bezirksgeleiteten Entwurfsbüros sind verpflichtet, die landwirtschaftlichen Entwurfsbrigaden so zu erweitern, daß sie die Projektierungsaufgaben nach dem Projektierungsplan bewältigen können. Ergibt sich daraus die Notwendigkeit der Kapazitätserweiterung der Entwurfsbüros, so ist wie folgt zu verfahren:
 - a) Vom Entwurfsbüro ist beim zuständigen Rat des Bezirks, Abteilung Aufbau, ein Antrag auf Erhöhung der geplanten Stellenzahl des Produktionspersonals und des Haushaltsplans (Ausgaben und Einnahmen) zu stellen;
 - b) die Abteilung Aufbau erwirkt für den Fall der Erhöhung des Stellenplans für das Produktionspersonal des Entwurfsbüros die Zustimmung

der Hauptverwaltung Städtebau und Entwurf des Ministeriums für Aufbau, und sichert die Bereitstellung der Mittel für die erforderlichen überplanmäßigen Ausgaben und ihre Deckung durch überplanmäßige Einnahmen durch die Abteilung Finanzen des Rates des Bezirkes. Das Ministerium der Finanzen hat sich mit dieser Regelung grundsätzlich einverstanden erklärt.

3. Die Planträger sind verpflichtet, in den Projektierungsplan die vorgesehenen Typen einzusetzen. Die Technischen Direktoren der bezirksgeleiteten Entwurfsbüros sind für die Anwendung der für verbindlich erklärten Typenprojekte sowie für die Wiederverwendung bewährter Projekte und Bauelemente verantwortlich. Das gilt auch dann, wenn der Planträger entgegen § 7 Abs. 5 der Anordnung vom 20. Januar 1956 die Typen im Projektierungsplan nicht ausgewiesen hat.
4. Die Hauptarchitekten bei den Räten der Bezirke sind verpflichtet, auf die Durchsetzung der Typisierung hinzuwirken sowie die fachliche Leitung und Kontrolle in den Entwurfsbüros durchzuführen. Die Referate Planung landwirtschaftlicher Bauten kontrollieren ihrerseits die konsequente Anwendung der Typen.
5. Vor der Errichtung von Neubauten ist zu überprüfen, inwieweit vorhandene Gebäude — notfalls nach Vornahme geringer Umbauten — für den geforderten Produktionszweck dienstbar gemacht werden können. Das Entwurfsbüro kann bei Entgegennahme des Projektierungsauftrages eine ausdrückliche Erklärung der Abteilung Landwirtschaft verlangen, daß vorhandene ausnutzbare Gebäude nicht verfügbar sind.
6. Bei Prämienzahlungen an Leitkräfte ist die Erfüllung des Anteils für landwirtschaftliche Bauten besonders zu bewerten. Bei Nichterfüllung des Anteils können Prämienkürzungen oder Prämienentzug nach Maßgabe der Prämienordnung verfügt werden.

65. Festlegungen der Außenwanddicken bei der Verwendung von Leichtbetongroßblöcken im Wärmedämmgebiet II

Ergänzend zu den Richtlinien für die Großblockbauweise (Entwurf 25. Oktober 1955) — veröffentlicht auf Seite 5 der „Verfügungen und Mitteilungen“ Heft 4/55 — sind folgende Grundsätze in bezug auf die wärmetechnisch notwendigen Wanddicken zu beachten:

Die mit den z. Zt. verfügbaren Zuschlagstoffen hergestellten Leichtbetongroßblöcke erreichen eine Rohwichte von $\geq 1600 \text{ kg/m}^3$. Es ist die Frage aufgetaucht, ob bei dieser Rohwichte eine Außenwanddicke von 30 cm den wärmetechnischen Forderungen genügt.

Als Hauptfaktoren des Wärmeverlustes sind die Öffnungen, wie z. B. Fenster und Türen, und nicht vorgesehene Durchfeuchtungen der Wände anzusehen. Erst in zweiter Linie wirkt sich eine Verringerung der Wanddicken auf die Wärmeverluste aus.

Bei der Voraussetzung eines dicht schließenden Doppelfensters, einer Gesamt-Außenwandfläche von ca. 11 m^2 und einer Fensterfläche von ca. 2 m^2 beträgt der Wärmeverlust durch das Fenster ca. 30 % des gesamten Verlustes. In der Praxis ist der Anteil des Wärmeabflusses durch Wandöffnungen noch wesentlich höher. Ähnlich ist die Auswirkung bei unvorhergesehenen Durchfeuchtungen. Da Wasser 25 mal besser als Luft leitet, erhöht schon ein geringer Zuwachs an Feuchtigkeit die Wärmeleitung wesentlich.

Aus diesen Gründen ist zur Erzielung einer guten Wärmedämmung der Außenwände besonderer Wert auf ein dichtes Schließen der Fenster und Türen sowie auf ihren einwandfreien dichten Anschluß an das Mauerwerk zu legen. Die gleiche Bedeutung kommt

allen Maßnahmen zu, durch welche Feuchtigkeit durch Schlagregen und dergleichen vom Bauteil fernzuhalten sind. Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß besonders an den Wetterseiten eine starke Verminderung der Wärmedämmung durch auftretende Durchfeuchtungen eintritt.

Unter Berücksichtigung dieser Erkenntnisse kann haufwerksporiger Ziegelsplittbeton und verschnittener Schlackenbeton mit einer Rohwichte von $\geq 1600 \text{ kg/m}^3$ entgegen DIN 4108 im Wärmedämmgebiet II mit einer Wanddicke von 30 cm ausgeführt werden. Dabei sind die Großblöcke beiderseits zu verputzen.

Entfällt der Putz auf der Außenseite, so darf entweder die Rohwichte bei 30 cm Wanddicke 1540 kg/m^3 nicht überschreiten oder es ist die Wanddicke bei einer Rohwichte zwischen 1540 und 1600 kg/m^3 um das Maß des entfallenden Außenputzes zu vergrößern.

Zum Schutz gegen Durchfeuchtung von außen sind die Wände aus Großblöcken ohne Außenputz grundsätzlich, und Wände aus Großblöcken mit Außenputz immer dann mit einem wasserabweisenden Silikonanstrich (Contraquin I*) zu versehen, wenn die Rohwichte der Großblöcke über 1500 kg/m^3 liegt.

Zu beachten ist ferner, daß für Ringanker und Fensterstürze die Dämmwerte $\geq 0,55 \text{ m h}^\circ/\text{kcal}$ eingehalten werden.

Diese Regelung ist nur als Übergangslösung zu betrachten und gilt nur so lange, bis genügend leichte Zuschlagstoffe zur Verfügung stehen, die eine allgemeine Verwendung einer Betonrohewichte von 1400 kg/m^3 ermöglichen.

66. Qualifizierung von Architekten aus den bautechnischen Projektierungsbüros in den bisherigen Architekturwerkstätten des Ministeriums für Aufbau

— Dienstanweisung Nr. 225/56 vom 13. Juni 1956 —

Die Dienstanweisung Nr. 142/54 vom 10. September 1954 tritt nach Abwicklung des zur Zeit laufenden Lehrgangs durch das Zentrale Entwurfsbüro für Hochbau des Ministeriums für Aufbau (vergl. Anordnung vom 29. März 1956, GBl. II S. 87) außer Kraft.

67. Erfahrungsaustausch über Unfallgefahren und Anleitung zur Verhütung von Unfällen in der Bauindustrie. (Informationsschreiben Nr. 33 der Hauptsicherheitsinspektion)

I. Transportunfälle

- a) Die Auswertung der Unfallstatistiken hat ergeben, daß die Transportunfälle den höchsten Anteil am Unfallgeschehen haben und angestiegen sind. Von den betrieblichen Sicherheitsorganen sind Sofortmaßnahmen zur Verhütung von Transportunfällen einzuleiten, und zwar je nach der Art des Betriebes unter Berücksichtigung der bisherigen Unfallursachen.

Inbesondere ist:

1. in den abzuhaltenden Schulungen auf die Einhaltung der Arbeitsschutzanordnungen (insbesondere Nr. 17 — Transport —, Nr. 18 — Lagerung —, Nr. 331 — Hoch- und Tiefbau —, Nr. 352 — Werkbahnen —, Nr. 353 — Gleisanlagen — und Nr. 361 — Fahrzeuge —) hinzuwirken; die in den Informationsschreiben unter Nr. 17 Ziff. III, Nr. 22 Ziff. I, Nr. 24 Ziff. I, Nr. 28 Ziff. II und III und Nr. 29 Ziff. I und III gegebenen Anleitungen sind zu beachten;
2. in den Monaten Juli und August 1956 eine Überprüfung sämtlicher Transportmittel und Gleisanlagen auf ihren unfallsicheren Zustand vorzu-

*) Zu beziehen bei dem Institut für Silikon und Fluorkarbon-Chemie, Radebeul 1, Stalinstraße 35.

nehmen; vorgefundene Mängel sind sofort zu beseitigen;

3. zu kontrollieren, daß die Verkehrsvorschriften, die Sicherheitsbestimmungen für Kübelkipper (Dumper) vom 13. Januar 1955 und die in den Informationsschreiben Nr. 20 Ziff. II, Nr. 25 und Nr. 27 Ziff. I gegebenen Anordnungen eingehalten werden;
4. ständig dafür Sorge zu tragen und zu kontrollieren, daß die Verkehrswege und Zugänge auf den Baustellen sich im aufgeräumten und einwandfreien Zustand befinden und an Gleisen die vorgeschriebene Profilverfreiheit vorhanden ist;
5. an allen Arbeitsplätzen — bei Eintritt der Dunkelheit — für ausreichende Beleuchtung zu sorgen, insbesondere im Fuhrbetrieb und beim Transport von Material sowie bei Be- und Entladearbeiten;
6. in der monatlichen Analyse der Betriebsunfälle den Transportunfällen besondere Aufmerksamkeit zu schenken; die Unfallursachen sind einwandfrei festzustellen und die erkannten Gefahrenquellen und Unfallursachen an allen Stellen des Betriebes zu beseitigen.

b) In der letzten Zeit ereigneten sich folgende Transportunfälle:

1. Beim Verladen von gebrauchten Eisenbahnschienen wollte ein Kollege die Lage einer zweiseitig gekrümmten 14 m langen Schiene ändern. Er steckte eine 1,25 m lange Brechstange in eine Laschenbohrung. Schon bei geringem Druck veränderte die Schiene — durch die zweiseitige Verbiegung — ihre Lage; die Brechstange schlug zurück, traf den Kollegen an der linken Halsseite und verletzte ihn so schwer, daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat.

2. Beim Kuppeln von Anhängern ereignen sich immer wieder Unfälle, die meistens tödlich verlaufen.

Ein Bauarbeiter trat beim Kuppeln eines Anhängers an ein Lastkraftfahrzeug in unzulässiger Weise zwischen die sich bewegenden Fahrzeuge. Es glückte ihm nicht, zu kuppeln, er wurde von dem zurückdrückenden Kraftfahrzeug gegen den Anhänger gedrückt und tödlich verletzt.

Die Untersuchung des Unfalles ergab, daß der Anhänger nicht mit einer automatischen Kupplung versehen war.

Zum Kuppeln von Kraftfahrzeugen mit ihren Anhängern dürfen nach der Anordnung vom 10. Oktober 1952 über Kraftfahrzeuganhängerkupplungen und Auflaufbremsen (GBl. S. 1068) nur noch solche Kupplungen verwendet werden, die vom Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung, HA Arbeitsschutz, als automatische, unfallverhütende Anhängerkupplungen anerkannt worden sind. Alle anderen Kupplungen waren bis zum 31. Oktober 1953 zu entfernen. Kupplungen, die diesen Voraussetzungen nicht mehr entsprechen, dürfen nicht verwendet werden.

Da an dem zu kuppelnden Anhänger das Zuggabelgestänge nicht mit einer Vorrichtung versehen war, die die Zuggabel in ungefährer Höhe des Kupplungsbolzens hielt (Forderung der ASA 361 — Fahrzeuge — § 11 Ziff. 4), trat der Verunglückte entgegen der ASA 361 § 30 Ziff. 7 — die den Aufenthalt zwischen den sich bewegenden Fahrzeugen während des Kuppelns verbietet — zwischen die sich bewegenden Fahrzeuge und erlitt, als ihm das Kuppeln mißlang, tödliche Quetschungen durch das zurückdrückende Kraftfahrzeug.

Zur Vermeidung derartiger Unfälle beim Kuppeln von Anhängern ist erforderlich, daß

- a) sofern es nicht bereits erfolgt ist, entsprechend der Anordnung vom 10. Oktober 1952 über Kraftfahrzeuganhängerkupplungen und Auflaufbremsen, umgehend vorschriftsmäßige Anhängerkupplungen angebracht werden und
- b) auf die Einhaltung der ASA 361, insbesondere der im § 30 gegebenen Mindestforderungen, geachtet wird;
- c) die mit dem Kuppeln und Entkuppeln beschäftigten Personen — entsprechend der ASA 361 § 30 Ziff. 4 — von dem für den Zug verantwortlichen Fahrer sachgemäß unterwiesen und auf die mit dieser Arbeit verbundenen Gefahren aufmerksam gemacht werden.

Jeder Fahrer hat vor Fahrtantritt sein Fahrzeug auf Verkehrs- und Betriebssicherheit zu prüfen. Die Überprüfung hat sich besonders auf Bremsen, Lenkung, Beleuchtung, Anhängerkupplung und die Verstauerung der Ladung zu erstrecken (siehe Informationsschreiben Nr. 20).

3. Durch das unzulässige Zwischenhalten von Rund- und Kanthölzern beim Zurückdrücken von Kraftfahrzeugen haben sich wiederum Unfälle ereignet.

Nach der ASA 361 — Fahrzeuge — § 31 dürfen durch Drücken mit Kraftfahrzeugen Fahrzeuge nur dann verschoben werden, wenn eine Kupplungsstange (Abschleppstange) von mindestens 1,50 m Länge benutzt wird, die am Kraftfahrzeug und an dem zu verschiebenden Fahrzeug sicher durch Kupplungen befestigt ist. Die Benutzung eines Stempels oder Riegels ist verboten.

4. Beim Transport von Treppenstufen mit einem Neubaufzug setzte eine Brigade 30 Treppenstufen an der Abnahmestelle auf das Gerüst ab. Infolge der erheblichen Überbelastung brach der hauptsächlich belastete Längsriegel des Gerüsts; die herabfallenden Lasten durchschlugen noch drei darunter liegende Gerüstböden. — Ein Kollege stürzte mit ab und konnte nur tot aus den Trümmern geborgen werden.

Die statische Untersuchung des gebrochenen Längsriegels ergab eine Beanspruchung von $\sigma = 431 \text{ kg/cm}^2$ durch die auf dem Gerüst abgesetzten Treppenstufen. Zulässig ist nach DIN 1052 für Nadelholz der Güteklasse 2 höchstens eine Beanspruchung von $\sigma = 100 \text{ kg/cm}^2$.

Zur Vermeidung derartiger oder ähnlicher Unfälle ist erforderlich, daß

- a) die Gerüste entsprechend der verbindlich erklärten „Gerüstordnung“ DIN 4420 errichtet und Schilder mit der Angabe der zulässigen Verkehrslasten an auffallenden Stellen angebracht werden;
- b) die Gerüste, wenn sie nicht den Regelausführungen DIN 4420 entsprechen, statisch berechnet und durch die Staatliche Bauaufsicht genehmigt sein müssen;
- c) die zulässigen Verkehrslasten der Gerüste nicht überschritten werden.

Die Schnellbauaufzüge bedienenden Kollegen sind bei den Schulungen darauf hinzuweisen, daß „langsames Absetzen“ der belasteten Aufzugsplattformen auf die Gerüstböden erforderlich ist. Durch das Fallenlassen belasteter Aufzugsplattformen auf die Gerüste treten so große Beanspruchungen auf, daß Unfälle eintreten können.

II. Allgemeine Hinweise

1. Das Gesetz vom 18. Januar 1956 zum Schutze vor Brandgefahren (Brandschutzgesetz) (GBl. Teil I S. 110) ist am 1. Februar 1956 in Kraft getreten.
2. Eine Anordnung vom 10. Februar 1956 zur Änderung der ASA 904 — Errichtung und Betrieb elektrischer Anlagen — (GBl. Teil I S. 223) ist am 5. März 1956 in Kraft getreten.
3. Eine Anordnung vom 21. April 1956 über die Senkung des Holzverbrauches im Bauwesen (GBl. Teil I S. 346) ist am 4. Mai 1956 in Kraft getreten. Nach § 2 Ziff. 16 dieser Anordnung sind für die Durchführung von Arbeiten an Fassaden und Dächern in allen Fällen, wo es arbeitstechnisch und vom Standpunkt des Arbeitsschutzes vertretbar ist, „**Leiterrüstungen**“ zu verwenden. Stangengerüste sind nur unter Verwendung von Seilen und Ketten zu errichten. **Die Verwendung von Klammern und mit Dornen versehenen Rüstbügeln ist verboten.**
4. Der Aufsatz von Dr. E. Kersten über „Gesundheitsgefahren und ihre Anwendung in Maler- und Lackierwerkstätten“ in der „Arbeit und Sozialfürsorge“ 1956/Heft 6 S. 173 ist zu beachten. Bei den Schulungen ist auf die Schädigungsmöglichkeit durch die verwendeten Löse- und Verdünnungsmittel und die unbedingt notwendige Einhaltung der ASA 728 — Kennzeichnung der Löse- oder Verdünnungsmittel sowie Kennzeichnung der Erzeugnisse, in denen Löse- oder Verdünnungsmittel enthalten sind — vom 13. Juni 1952 (GBl. S. 533, 732) besonders hinzuweisen.
5. Im VEB „Heinrich Rau“, Wildau, wurde ein Prüfstelle für Ketten, Seile und Anschlagmittel geschaffen und vorläufig zugelassen.
Es wird den Betrieben empfohlen, diese Einrichtung in Anspruch zu nehmen.

II. Baustoffindustrie

26. Wegfall der 593 c bei Lieferungen an Private

Nach der Anordnung vom 21. April 1956 zur Ergänzung der Anordnung über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Baumaterialien im Jahre 1956 (GBl. II S. 125) entfällt mit Wirkung vom 1. April 1956 der Vordruck M 593 c. Aus der Anordnung ist nicht klar ersichtlich, wie bei Lieferungen an private Abnehmer zu verfahren ist.

Die privaten Abnehmer erhalten die Zuweisungen für bewirtschaftete Ware über die Industrie- und Handelskammern oder über die Handwerkskammern. Der im § 3 der Anordnung vorgesehene Vermerk ist bei Lieferung an private Abnehmer nicht von diesen selbst, sondern durch die Industrie- und Handelskammer oder durch die Handwerkskammer nach Rücksprache mit dem Ministerium für Aufbau, HA Baustoffindustrie, Abt. Absatz, zu unterschreiben und abzustempeln.

27. Materialversorgung — Überbezirklicher Ausgleich

Von sämtlichen Räten der Bezirke wird geklagt, daß nicht genügend Baustoffe zuteilt werden. Es wird darauf hingewiesen, daß die Räte der Bezirke dafür verantwortlich sind, daß die staatlichen Aufgaben der VEB (K) sowie die Kontrollziffern der privaten Produktion erfüllt und mit der DHZ Baustoffe durch Rahmenabsatzvertrag 100proz. gebunden werden. Die nicht vertraglich gebundenen Mengen sowie die Untererfüllung werden dem Rat des Bezirkes bei der Zuteilung voll abgezogen, um den überbezirklichen Ausgleich, der auf jeden Fall durchgeführt werden muß, nicht zu gefährden.

Damit die Räte der Bezirke an der Mehrproduktion materiell interessiert sind, werden 30 % der Menge, die

über die staatliche Aufgabe bzw. Kontrollziffer produziert werden, den Räten der Bezirke zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Es wird empfohlen, daß die Räte der Bezirke den gleichen Modus gegenüber den Räten der Kreise anwenden.

28. Herausgabe des Baustoffkataloges

Unter der Federführung der HA Baustoffindustrie wird zur Zeit an der Herausgabe eines Baustoffkataloges gearbeitet, dessen erster Teil Anfang Juli in Druck geht.

Aufgabe dieses Kataloges ist es, allen Dienststellen, Baubetrieben, Handelsinstitutionen, die mit Baustoffen zu tun haben, einen umfangreichen Überblick über die Baustoffproduktion in der Deutschen Demokratischen Republik zu vermitteln. Dabei wurde besonders Wert darauf gelegt, daß über Art des Baustoffes, seine Verwendungsmöglichkeit, technische Daten und Versandmöglichkeit des Werkes Auskunft gegeben wird.

Da die Ausarbeitung sehr intensiv vorgenommen wurde, eignet sich dieser Katalog auch besonders für Qualifizierungszwecke.

Der Preis dieses Kataloges, der ca. 650 Seiten stark wird und reichlich mit Abbildungen versehen ist, wird ca. DM 25,— betragen. Der Katalog wird in Form eines Ringbuches ausgeführt, damit laufend Ergänzungen vorgenommen werden können.

Um eine Übersicht zu erhalten, wie hoch der Bedarf ist, werden alle Entwurfs- und Konstruktionsbüros, zentralgeleitete und örtliche Baustoff- und Baubetriebe, Handelsinstitutionen usw. aufgefordert, bis spätestens zum 10. Juli 1956 ihre Bedarfswünsche an das Ministerium für Aufbau, HA Absatz, einzureichen.

III. Bauindustrie

30. Technische Richtlinien für Winterbauarbeiten

Vom Institut für Bauindustrie, Leipzig, wurden die „Technischen Richtlinien für Winterbauarbeiten“ überarbeitet. Die neue Auflage ist besonders um Erfahrungen der Praxis bereichert. An Beispielen wird gezeigt, wie mit geringem Aufwand gute Erfolge erzielt werden.

Die Herausgabe der überarbeiteten „Technischen Richtlinien für Winterbauarbeiten“ erfolgt Mitte August 1956. Diese Neuauflage erscheint im Format DIN A 3, und der Preis pro Exemplar beträgt etwa DM 3,00.

Zur Vereinfachung der Bestimmung der Auflagenhöhe sowie der Verteilung wurde festgelegt, daß alle volkseigenen Baubetriebe mit je 1 Mio Jahresbauleistung ein Exemplar abnehmen. Jedes Entwurfsbüro ist verpflichtet, zwei Exemplare abzunehmen.

Die Belieferung der volkseigenen Baubetriebe und der Entwurfsbüros erfolgt nach diesem Grundsatz ohne besondere Bestellung.

Baubetriebe und Entwurfsbüros, die eine Erhöhung bzw. Verringerung der für sie zutreffenden Anzahl der Exemplare wünschen, geben bis zum 20. Juli 1956 eine Bestellung an das Ministerium für Aufbau, Hauptabteilung Bauindustrie, Abt. Organisation und Technik der Bauproduktion.

Alle übrigen Interessenten haben die Möglichkeit, ihre Bestellungen bis zum 20. Juli 1956 beim Ministerium für Aufbau, Hauptabteilung Bauindustrie, Abt. Organisation und Technik der Bauproduktion, aufzugeben. Später eingehende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden. Die Bezahlung erfolgt über Rechnung an die Bezieher.

31. Ergänzung zur Dienstanweisung 213/56

vom 12. Januar 1956 (Nr. 4/56 der „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau — S. 7) — Kurzbericht zum IM-Bau 1956 —

In den monatlichen Kurzberichten der Betriebe, Kreise und Bezirke fallen künftig ab sofort die Angaben des Baubergwerbes fort. Das bedeutet, daß die erste Zahl des Kurzberichtes **sämtliche** gemäß Ziffer 1 bis 5 der Dienstanweisung 213/56 geforderten Leistungen, Zahlen und Summen (Bauleistungen, Produktionsarbeiter, Bauleistungsverträge) enthält.

Die Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke haben als 2. Zahl (hinter dem Schrägstrich) künftig als „Darunter-Werte“ die Ergebnisse der Bau-Union des Bezirkes zu melden.

An die strikte Einhaltung der mit Dienstanweisung 213/56 festgesetzten Meldetermine wird erinnert und nochmals darauf hingewiesen, daß die Durchsagen des Kurzberichtes spätestens am 5. Werktag von der Abteilung Aufbau beim Rat des Bezirkes an das Ministerium für Aufbau zu erfolgen haben.

32. Angebot zur vermögensrechtlichen Umsetzung

Von der Fachschule für Bautechnik in Blankenburg/Harz wird zur vermögensrechtlichen Umsetzung angeboten:

- 1 fahrbares, luftbereiftes Notstromaggregat (4 Zylinder, 25 PS, 15 kW 220/380 Wechselstrom)

Interessenten wenden sich unmittelbar an die Fachschule für Bautechnik in Blankenburg/Harz.

C. Buchbesprechung**11. Verallgemeinerung neuer Arbeitsmethoden**

Die Erfüllung und Übererfüllung der Volkswirtschaftspläne, besonders aber die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität, erfordern eine weitgehende Popularisierung, Anwendung und Verbreitung von neuen Arbeitsmethoden.

Von der Kammer der Technik wurde eine Sammlung Neuerermethoden herausgegeben. Die einzelnen Neuerermethoden und ihre wissenschaftliche und technologische Begründung erscheinen in geschlossenen Broschüren. Sie sind ein wertvolles Anleitungsmaterial für die Arbeiter, Meister, Techniker und Ingenieure unserer volkseigenen Betriebe bei der Einführung und Anwendung der fortgeschrittensten Arbeitsmethoden. Die Sammlung wird laufend ergänzt.

Erhältlich sind die einzelnen Broschüren durch den Druckschriftenvertrieb der Kammer der Technik, Berlin NW 7, Clara-Zetkin-Straße 111.

12. „Bewegungsfugen in Bauwerken, Richtlinien für Anordnung und Ausbildung (Entwurf Mai 1956)“

Dieser von dem Arbeitsausschuß „Bewegungsfugen“ des Fachunterausschusses „Industriebau“ der KdT (Z) als Diskussionsgrundlage vorgelegte Entwurf enthält drei Beiblätter, die folgende Sondergebiete ausführlich behandeln:

Beiblatt 1 — Wasserdichte Fugen in Baukörpern mit durchgehender Dichtungshaut, bearbeitet von Baumeister Lufsky

Beiblatt 2 — Fugen zwischen Baukörpern aus wasserdichtem Beton, bearbeitet von Dipl.-Ing. Eggeling

Beiblatt 3 — Vorläufige Richtlinien für die Beschaffenheit bituminöser Vergußmassen und Voranstrichmittel zur Dichtung von Fugen in Bauwerken, bearbeitet von Dr.-Ing. Riedel.

Die Richtlinien werden im 4. Sonderheft der „Mitteilungen für die volkseigene Bauindustrie“ veröffentlicht. Dieses für alle Projektierenden und Bauausführenden wichtige Sonderheft kann ab 23. Juni 1956 vom Buchhaus Leipzig in Leipzig C 1, Querstraße 4/6, zum Preise von DM —,50 bezogen werden.

13. Das Handbuch des Planungsingenieurs und das Normenwerk

Im Fachbuchverlag Leipzig, Leipzig W 31, Karl-Heine-Straße 16, sind folgende Fachbücher neu erschienen:

a) Handbuch des Planungsingenieurs in der Bauindustrie

Herausgegeben vom Allunions-Büro für typisierte Projektierung und technische Forschungen (Übersetzung aus dem Russischen).

119 Seiten mit 4 Bildern, 91 Tabellen und einem Anhang der wichtigsten Transport-, Belade- und Entladetabellen für die Planungsarbeit des Bauingenieurs in der DRR. DIN C 5, Hlw. 9,80 DM.

Das Buch gibt dem Planungsingenieur Unterlagen für den Transport, die Arbeiten beim Ent- und Verladen und für die Einrichtung von Baulagern. Bei der Ausarbeitung der Bauausführungsbedingungen und bei der Aufstellung des technischen Entwurfes leistet es wertvolle Hilfe. Im einzelnen werden so bedeutende Fragen, wie der Bau von Eisenbahngleisen, die Anlage von Straßen für den Kraftwagen-transport, Bau von Lokomotivschuppen, Garagen- und Reparaturwerkstätten, behandelt. Außerdem betrachtet der Verfasser die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Transportmittel und gibt eine genaue Darstellung aller beim Verladen und Entladen vorkommenden Arbeiten sowie Hinweise für die Einrichtung von Baumateriallagern.

b) Normenwerk für die Baupraxis

von Baumeister Erich Dyck.

93 Seiten mit 13 Bildern und 15 Tafeln. DIN C 5, kart. 4,30 DM.

Der Verfasser geht in seiner nach Stoffgebieten geordneten Abhandlung von der Bedeutung der Normung für die Ingenieurarbeit aus. Die einzelnen Abschnitte des Buches befassen sich mit Normung und Normungstechnik, Zeichnungswesen und Bau-normen. Die für die Berechnungsgrundlagen in der Bautechnik wichtigsten Normen sind übersichtlich zusammengestellt. Außerdem werden die TGL (Technischen Normen, Gütevorschriften und Lieferbedingungen) im Zusammenhang mit den DIN-Normen erläutert.

gez. Winkler
Minister

Herausgeber: Ministerium für Aufbau Verlag: VEB Deutscher Zentr alverlag, Berlin Veröffentlicht unter Nr. Ag 105/56/DDR.
Erscheint jeweils am 1. und 15. eines jeden Monats Druck: Volksdruckerei Ostharz, Werk Bernburg

**Wichtig für alle Industrie-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe
der volkseigenen, genossenschaftlichen und privaten, Wirtschaft!**

IM SEPTEMBER 1956 ERSCHEINT

RECHEN-HILFE

Multiplizieren — Dividieren
Errechnung der Zeit- und Leistungslöhne
einschl. Zuschläge
Stückrechnung — Prozentrechnung
Zeitrechnung

Format DIN A 4 - Etwa 340 Seiten - Preis etwa 18.- DM

Neben einem Auszug aus den arbeitsrechtlichen Vorschriften für die Berechnung der Löhne enthält diese Publikation Rechentafeln von 1—300×2 und 1—300×300. Die Zeit- und Leistungslohnberechnung einschließlich der Berechnung von 15-, 25- und 50%igen Zuschlägen kann für Lohnfaktoren von 0,60 DM bis 3,— DM für 1 bis 300 Stunden und 1 bis 60 Minuten abgelesen werden. Umrechnungstabellen für Minuten, für Minuten in Hunderteile der Stunde und Tabellen zur Berechnung des Prozentsatzes der Übererfüllung pro Monat bzw. pro Woche ergänzen das Werk. Die Rechen-Hilfe kann aber neben der Lohnberechnung auch zu allen anderen kaufmännischen Berechnungen, die auf den Grundrechnungsarten basieren (z. B. Ausrechnung von Bestandsaufnahmen, Berechnung von Fakturen usw.) verwandt werden. Eine ausführliche Anleitung gewährleistet die sofortige Verwendung der Tabellen zur schnellen und zeitsparenden Erledigung aller Rechenarbeiten.

*Bestellungen bitten wir beim örtlichen Buchhandel oder beim Buchhaus Leipzig,
Leipzig C 1, Postfach 91, aufzugeben.*



VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN